



WOLFGANG MADERTHANER
GOTT WILL ES!

WIENER VORLESUNGEN

Band 210

*Herausgegeben für die Stadt Wien von
Anita Eichinger*

Vortrag
am 9. März 2023

WOLFGANG MADERTHANER

GOTT WILL ES!

LEGITIMATION UND PRAXIS
DES AUSTROFASCHISMUS

PICUS VERLAG WIEN



Copyright © 2023 Picus Verlag Ges.m.b.H., Wien

Alle Rechte vorbehalten

Grafische Gestaltung: Dorothea Löcker, Wien

Druck und Verarbeitung:

FINIDR, s.r.o., Český Těšín

ISBN 978-3-7117-3030-5

Informationen zu den Wiener Vorlesungen unter

www.wienervorlesungen.at

Informationen über das aktuelle Programm
des Picus Verlags und Veranstaltungen unter

www.picus.at

DIE WIENER VORLESUNGEN

*Die Wiener Vorlesungen sind seit über drei Jahrzehnten ein offenes Dialogforum der Stadt Wien und eines der wichtigsten Formate für Wissens- und Kulturvermittlung in dieser Stadt. Ihr Ziel ist es, den Analysen, Einschätzungen und Fragen renommierter Denker*innen und Wissenschaftler*innen aus aller Welt Raum zu geben, um gesellschaftliche Herausforderungen der Gegenwart anschaulich zu analysieren und kritisch zu diskutieren. So wird nicht nur der Blick für die Komplexität und Differenziertheit unserer Wirklichkeit geschärft, sondern auch im Sinne eines kritischen, digital weitergedachten Humanismus Demokratie gestärkt, indem wissenschaftliche Betrachtung und Argumentation breit nachvollziehbar gemacht und vermittelt werden.*

Es mag ein Paradox unserer durch vielfältige Krisen geprägten Zeit sein, dass gerade in einem Land, in dem seit jeher großartige Leistungen im Bereich der Wissenschaft erbracht wurden und werden, eine steigende Wissenschaftsskepsis zu beobachten ist. Alternative Wahrheiten haben Eingang in den allgemeinen Diskurs gefunden und persönliche Meinungen werden oft mit wissenschaftlichen Analysen gleichgesetzt, da es vielfach an Verständnis für ihre Verfahren fehlt. Wenn Algorithmen nur mehr auf uns zugeschnittene, angepasste »Wirklichkeiten« und »Wahrheiten« präsentieren, lösen sich geteilte Grund-

werte und gemeinsame Referenzrahmen in sogenannten Filterblasen auf – Radikalisierung und Erosion von Demokratie sind die Folgen. Die Digitalisierung hat diese Entwicklungen befördert, bietet jedoch auch Chancen für die Zukunft.

Im Duell von Fake News und Fakten tragen die Wiener Vorlesungen dazu bei, antiaufklärerischen Entwicklungen mit Vehemenz entgegenzutreten und das Vertrauen der Menschen in die Wissenschaft wiederherzustellen sowie kritisches Denken zu fördern. Gerade aufgrund der Komplexität der multiplen Krisen (Klima, Krieg, Künstliche Intelligenz u. v. m), mit denen unsere Welt konfrontiert ist, braucht es einen zukunftsorientierten Zugang und ein gemeinsames Agieren, um Demokratie und Diskurs zu stärken und Lösungsansätze zu formulieren und umzusetzen. Nichts Geringeres als die Frage »Was ist der Mensch«, die letztlich alle Wissenschaft umtreibt, ist vor diesen Hintergründen neu zu stellen.

Es erfordert kreative, mutige und ungewöhnliche Antworten und Ideen, neue Formen der Kooperation und ein Zusammengehen aller wissenschaftlichen Disziplinen, um den Herausforderungen begegnen zu können. Vor allem aber braucht es einen auf valide wissenschaftliche Grundlagen gestützten Diskurs auf breiter gesellschaftlicher Ebene, denn diese Probleme und Entwicklungen betreffen alle Teile der Gesellschaft.

Kritische Analyse und Aufklärung im Sinne der Demokratie und einer starken Zivilgesellschaft sind und bleiben

zentrale Anliegen der Wiener Vorlesungen. Insofern freue ich mich, dass sie nicht nur digital im Internet jederzeit abrufbar sind, sondern mit vorliegender Publikation auch in gedruckter Form vorliegen.

*Veronica Kaup-Hasler
Stadträtin für Kultur und Wissenschaft*

GOTT WILL ES!

Legitimation und Praxis des Austrofaschismus

Im September 1933 fanden in der österreichischen Bundeshauptstadt Gedenkfeiern der besonderen Art statt. Ein in Konstituierung befindliches klerikal-autoritäres Regime gedachte in öffentlichen Großkundgebungen der zweihundertfünfzigjährigen Wiederkehr der Befreiung Wiens von der türkischen Belagerung, der Allgemeine Deutsche Katholikentag war bewusst in diese Feierlichkeiten integriert. Diese Berufung auf die Geschichte diente als Legitimation diktatorischer Gegenwartsziele, in der Beschwörung von Österreichs »Heldenzeitalter« lag aktueller politischer Sinn. Das Konstrukt einer spezifisch katholischen Identität des Landes, seiner kulturellen Sendung als »Ostmarkwächter und Pionier des deutschen Volkstums, damit des christlichen Abendlandes« (Kurt Schuschnigg) zielte auf die Schaffung eines gegen Hitler-Deutschland gerichteten Selbstbewusstseins des österreichischen Volkes und die Stärkung seiner Willens- und Abwehrkraft ab. Zugleich aber,

und dies vor allem, galt es, die Ausschaltung des »inneren Feindes«, der »marxistischen« Sozialdemokratie, propagandistisch und atmosphärisch vorzubereiten. In seinen verschiedenen Ansprachen im Rahmen des Katholikentages jedenfalls hat Bundeskanzler Engelbert Dollfuß die Grundzüge eines autoritär geführten christlichen Ständestaates skizziert, in seiner berühmt gewordenen und von Mussolini dringend eingeforderten Trabrennplatzrede vom 11. September 1933 klar ausformuliert als einen aus der Geschichte abgeleiteten göttlichen Auftrag. Er begrüßte den Nachfahren des Wiener Stadtkommandanten zur Zeit der Türkenbelagerung, den Führer der faschistischen Heimwehrverbände, Rüdiger Starhemberg, als »Erneuerer Österreichs«; an das Ende seiner Rede stellte er ein Diktum Marco d'Avianos, des allmächtigen Kapuzinermönchs am kaiserlichen Hofe Leopolds I.: »Gott will es!«

EINE STADT STIRBT

Die Geburt des Neuen erfolgte in einer Atmosphäre des Hungers, der Kälte, der Krankheit, des Todes. Die ehemals so glänzende und boomende

Reichshauptstadt Wien war von der historischen Katastrophe des Ersten Weltkriegs und seinem alpträumhaften Ausgang in ganz besonderem Ausmaß betroffen. Die Stadt wurde in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen nachhaltig erschüttert, ihre Ökonomie durch die Herauslösung aus dem integralen Wirtschaftszusammenhang eines Großreichs strukturell getroffen. Der große österreichisch-ungarische Wirtschaftsraum war zerschlagen, die neu entstandenen Nationalstaaten grenzten sich gegeneinander ab, so wie sich die deutsch-österreichischen Länder gegen Wien abgrenzten. Die Konstituierung der Nachfolgestaaten hatte die Abwanderung von mehr als 300.000 Menschen zur Folge, das ehemalige habsburgische Finanz-, Organisations- und Verwaltungszentrum unterlag einem massiven Bedeutungsverlust, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Arbeitsstättensektor. Zur ökonomischen trat die humanitäre Katastrophe. Über allem wütete die Spanische Grippe, mit besonderer Unerbittlichkeit im letzten Quartal des Jahres 1918. Ihr erlagen Abertausende, die, ausgezehrt, erschöpft, von Hunger und Entbehrung geschwächt, von unzureichender Kleidung nicht geschützt, der Krankheit keinen Widerstand entgegenzusetzen

vermochten; zu ihren Opfern zählten unter anderen Victor Adler, Otto Wagner, Gustav Klimt und Egon Schiele. Die Sterblichkeitsziffern erreichten unter diesen Bedingungen traumatische Werte: Auf tausend Todesfälle kamen lediglich vierhundert Lebendgeburten, die Quote der Totgeburten stieg exorbitant an, ebenso die Kindersterblichkeit. Der Vorstand der Abteilung Gesundheitsstatistik im Volksgesundheitsamt, Siegfried Rosenfeld, schloss aus all dem, dass sich die städtische Bevölkerung während der letzten beiden Kriegsjahre und in der unmittelbaren Nachkriegszeit in exakt denselben Verhältnissen befunden habe wie die Internierten der berüchtigten Flüchtlingslager: »Die Not hat grausamer wie manche Pest gewütet.«

»Am Kriegsende«, so wird es in einem Bericht des Völkerbundes heißen, »sah sich die Stadt Wien vielleicht größeren Schwierigkeiten gegenüber als irgendeine andere Stadt Europas. Ihre Bestände waren erschöpft, seit mehreren Jahren waren keine Reparaturen vorgenommen worden und ein großer Teil der Bevölkerung war auf öffentliche Unterstützung angewiesen.« Mit der Produktion und Distribution, mit der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, mit den Dienstleistungen und dem Konsum waren die Finanzen zusammengebrochen, eine von

der Notenpresse angeheizte Inflation zersetzte alte, eingesessene Kapitalien und stürzte das traditionsreiche Altwiener Bürgertum ebenso wie den neuen Mittelstand in tiefe Verelendung. Die Inflation war zunächst das Resultat des Zerfalls des großen traditionellen Wirtschaftsraumes, der revolutionären Umwälzungen in Mitteleuropa, des von der Entente diktierten Gewaltfriedens gewesen. Binnen eines Jahres verlor die Krone neun Zehntel ihres Wertes. Die daraus folgende Zerrüttung des Staatshaushaltes, das explodierende Defizit wurden durch permanente Vermehrung und Ausgabe von Papiergeld zu bekämpfen versucht. Die Geldentwertung schlug in Hyperinflation um – die Krone notierte in Zürich Ende 1918 mit 30, Ende 1920 mit 1,05 und Ende 1921 mit 0,11 Centimes. Der Schweizer Franken erzielte in Wien, nach Angaben der Paritätischen Kommission, am 1. Juni 1922 einen Gegenwert von 2.151, am 31. Juli von 8.013, und am 25. August von 15.993 Kronen. Das Altwiener Patriziat, die führenden Schichten der Intelligenz sowie große Teile des mittleren und kleinen Bürgertums unterlagen einem Verelendungsprozess sondergleichen und erwiesen sich als die eigentlichen Besiegten des Krieges. Sie hatten der Habsburgermonarchie ihre Beamten und Offiziere gestellt, waren Träger eines

spezifischen österreichischen Patriotismus und Traditionsbewusstseins gewesen und hatten seit mehr als einem Jahrhundert die Wiener Musik und Literatur, das Wiener Theater dominiert. Es war ihr Reich, das im Oktober 1918 untergegangen war, und mit ihrem Reich hatten sie, wie Otto Bauer in einer grandiosen Studie zur »Österreichischen Revolution« schreibt, ihren Reichtum verloren.

DIE ZEIT DES GROSSEN AUSVERKAUFS

Während die Inflation aber Rentierskapitalien und die materielle Existenzgrundlage des Wiener Mittelstandes vernichtete, schuf sie andererseits die Grundlagen für eine Aufnahme der Nachkriegsproduktion und ein Wiedererstehen von Industrie und Gewerbe, setzte sie Warenaustausch und Warenproduktion wieder in Gang. Im Sommer 1919 lief an der Wiener Börse die große Hausse, der große Spekulationsboom an. Die Kurse der Börsenpapiere stiegen rasant, immer breitere Schichten spekulierten an der Börse, die Spekulationsgewinne wurden in einen ungehemmten Luxuskonsum umgesetzt. Die Börse spekulierte auf das kontinuierliche Sinken der Krone; deren Kurs fiel ins Bodenlose, eilte

dem Niedergang ihrer Kaufkraft voraus. Die Diskrepanz zwischen Kurs und Kaufkraft der Krone drückte sich in den tief unter den Weltmarktpreisen liegenden Inlandspreisen österreichischer Waren aus, der Exportspekulation waren Tür und Tor geöffnet. Jeder, der mithilfe einer um ihre materielle Existenz kämpfenden und daher korruptionsanfälligen Bürokratie und mit ausländischem Geld in Wien Waren ankaufte, konnte außergewöhnliche Export- und Surplusprofite realisieren. Die Zeit des großen Ausverkaufs hatte begonnen, ein skrupelloses Schiebertum setzte »Schmuck und Hausrat« des in der Inflation verelendeten Wiener Bürgertums auf ausländischen Märkten zu höchsten Profitraten ab. Pierre Hamp schildert in albtraumhaften, grotesken, bestürzenden Bildern die Funktionsweisen dieses internationalen »Goldgräberkapitalismus«. Felix Dörmann hat in seinem expressionistischen Roman »Jazz« den schnellen, atem- und haltlosen, aus der Spekulation erwachsenen Luxuskonsum der frühen zwanziger Jahre, das aus dem Kriegstrauma in die *Roaring Twenties* hineinführende Lebensgefühl des komprimierten, selbstvergessenen, eskapistischen Genusses eindrucksvoll porträtiert.

Wie in der zeitgenössischen literarischen fanden derlei vieldeutige Stimmungslagen ihren präzisen

Ausdruck und Niederschlag in der wissenschaftlichen Produktion, vornehmlich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft. Auf der einen Seite theoretisierte Ludwig von Mises in seiner »Gemeinwirtschaft« von 1922 die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus in einem radikalen, marktfundamentalistischen Ansatz. Er formulierte damit die Interessenlagen einer ebenso geschäftstüchtigen wie skrupellosen neuen, aus Schiebern, Spekulanten und Kriegsgewinnlern rekrutierten Bourgeoisie, die die Befreiung ihrer Tätigkeit von allen »hemmenden« staatlichen wie gewerkschaftlichen Fesseln und Regulationen einforderte. Der einer wohlhabenden Lemberger jüdischen Familie entstammende Mises hatte in Wien Staatswissenschaften (Fächerkombination Recht, Geschichte, Ökonomie) studiert und war Teilnehmer am exklusiven Privatseminar des Eugen Böhm-Bawerk, der seinerseits einen stark subjektivistischen Ansatz im Sinne der späteren *Austrian School of Economics* verfolgte. In diesem Seminar traf er auf so markante Charaktere wie Otto Bauer, Rudolf Hilferding oder Joseph Schumpeter. 1913 hatte sich Mises in Wien habilitiert, seit 1909 war er bereits für die Niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer, der er für das nächste Vierteljahrhundert angehören sollte, tätig.

Dem Vorbild seines verehrten Idols Böhm-Bawerk gemäß hielt er in dieser Zeit Privatissima ab, die von Mitgliedern des legendären Wiener Kreises um Moritz Schlick ebenso regelmäßig frequentiert wurden wie von künftigen Größen der ökonomischen Wissenschaften vom Range eines Oskar Morgenstern, Fritz Machlup oder Friedrich August Hayek. Mehr und mehr entwickelte sich Mises vom Theoretiker des klassischen Liberalismus hin zu einem libertären Marktradikalismus. Über Genf emigrierte er in die USA, wo er allerdings, anders als sein Schüler Hayek, im akademischen Feld nicht mehr wirklich zu reüssieren vermochte. Wie Hayek auch gehörte Mises 1947 zu den Gründungsmitgliedern der neoliberalen Keimzelle schlechthin, der *Mont Pèlerin Society*.

RÜCKWÄRTSGEWANDTE UTOPIE

Auf der anderen, der metaphysisch beschworenen »Gemeinschaft« zugeneigten Seite artikulierte Othmar Spann seinen Gegenentwurf des »Wahren Staates«. Der 1878 in Wien geborene Spann hatte sich 1908 in Brünn habilitiert und wurde 1919 an die Universität Wien als Professor für Nationalökonomie

und Gesellschaftslehre berufen. 1921 erschien sein Hauptwerk – eine Abhandlung, die, in Reaktion auf die Bedingungen und Konsequenzen der modernen Industriegesellschaft, geradezu paradigmatisch die Flucht der durch die Inflation verelendeten bürgerlichen Intelligenz in das romantisch-autoritäre Ideal einer ständischen Staatsordnung repräsentiert: ein Manifest des Antimodernismus, das eine teleologische Ganzheitsmetaphysik propagiert, die letztlich auf den Erhalt bestehender Eigentumsverhältnisse vor den sozialen Ansprüchen einer offensiv agierenden Arbeiterbewegung abzielt. Kartelle und Gewerkschaften sollten zu beruflichen, sich selbst verwaltenden Zwangsverbänden zusammengeschlossen, der sozialdemokratische Machtzuwachs in der Republik durch eine dezentralisierte Ständeordnung und die Übertragung staatlicher Hoheitsrechte auf eben diese Zwangsverbände neutralisiert werden.

Spann definiert seinen rückwärtsgewandten Universalismus mit Begriffen wie »apriorisch statt relativistisch«, »intuitiv statt empirisch«, »ständisch statt kapitalistisch«, »inneres Wissen statt der Aufklärung«, »durchsetzt mit Irrationalität statt reiner Herrschaft des Rationalen«. Unter bewusstem Rückgriff auf Adam Müller, den romantischen Re-

aktionär im Solde Metternichs, propagieren Spann und seine Schule den Übergang zum »universalistischen«, »organischen« Systemgedanken, zur »gliedhaften« Auffassung von Wirtschaft und Gesellschaft. Berufsständische Ideen werden dieserart zu leitenden Ideen im Kampf gegen die politische Demokratie; der »wahre Staat« sei ausschließlich in der »Unterordnung des geistig Niederen unter das geistig Höhere« zu begründen. Aus der »Dienstbarkeit der Wirtschaft« leitet Spann die Dienstbarkeit jeder güterschaffenden Arbeit ab, aus der Hierarchisierung der Arbeit erwächst in logischer Konsequenz eine hierarchisch aufgebaute Gesellschaft, in der die sich »selbst genügende« Arbeit, die Arbeit »edleren Stammes« eine natürliche Spitze bildet. Die Handarbeiter (»Handwerker« und »Kunstwerker«) müssten von den »Wirtschaftsführern«, diese von den »Staatsführern« und diese wiederum von den »Weisen« (also dem »höheren Lehrstand«) geführt werden. Ganz in diesem Sinne bestanden zwischen den Heimwehrverbänden und dem Kreis um Othmar Spann – der seinerseits im italienischen fascistischen Korporatismus die Bestätigung und politische Umsetzung seines theoretischen Werkes erblickte – die engsten personellen und inhaltlichen Verflechtungen. Letztendlich war der Heimwehr,

die sich als »Staatsstand« konstituieren sollte, eine zentrale Führungsrolle als einer staatlich-autoritären, den Wirtschaftsverbänden übergeordneten Instanz zur Überwindung ökonomischer Widersprüche in der ständischen Gesellschaft zugehört. Wir dürfen, in Anlehnung an Francis L. Carsten, gleichwohl davon ausgehen, dass sich die Komplexität der Spann'schen Argumentation sowie seine nebulöse Sprache im Bewusstsein der Heimwehrführer in ihrer krudesten und vulgärsten Form niederschlug und zu einem vordergründigen Feindbild verdichtete – mit der Linken als bevorzugtem Hassobjekt und durchsetzt mit ausgeprägten antisemitischen Zügen.

DIE GROSSE DEPRESSION

Die neoromantische Kritik an der Moderne wurde im Namen eines als ideal imaginierten Vergangenen geführt und richtete sich gegen einen individualistischen, liberalen Kapitalismus ebenso wie gegen den egalitären Sozialismus. Sie führte ihre Anklage im Sinne der gesellschaftlichen Organisation der Vormoderne. Das ihr eingelagerte enorme destruktive Potenzial vermochte sie allerdings erst

im Kontext des fundamentalen Krisenszenarios der dreißiger Jahre zu entfalten. In den Jahren der Großen Depression ist die politisch wie sozial ohnehin höchst fragile Erste Österreichische Republik weiter destabilisiert und schließlich zerstört worden. Die tiefgreifenden ökonomischen und psychologischen Umwälzungen jener bis dato schwersten Finanz- und Spekulationskrise trafen die westliche Welt in ihrem Kern und haben zu einer wesentlichen Veränderung des politischen und kulturellen Mechanismus geführt. In Österreich verringerte sich von 1929 bis 1933 das Bruttonationalprodukt um ein Viertel, der Produktionsindex um ein Drittel, die Indexziffer des allgemeinen Geschäftsgangs fiel von 100 auf 59, Löhne und Gehälter erreichten nur mehr 70 Prozent ihres Niveaus von 1929. Die industrielle Produktion fiel um beinahe 40 Prozent, in der Eisenindustrie, einem zentralen wirtschaftlichen Leitsektor, war der Auftragsstand auf ganze acht Prozent der Normalauslastung zurückgegangen. Die Bevölkerung ganzer, ehemals blühender Industrie- und Gewerberegionen verarmte, strukturelle Dauerarbeitslosigkeit wurde zur Massenerscheinung. War die Arbeitslosigkeit in den relativ guten Konjunkturjahren 1927–1929 bei durchschnittlich über acht Prozent gelegen,

so betraf sie am konjunkturellen Tiefpunkt (1933) 557.000 Menschen, das ist eine Arbeitslosenrate von etwa 26 Prozent; ein Drittel der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft war aus dem Produktionsprozess ständig ausgeschlossen, Ende 1934 bezogen zudem nur mehr 40 Prozent der Arbeitslosen eine reguläre oder eine Notstandsunterstützung, der Rest war »ausgesteuert« und der blanken materiellen Not überantwortet.

In Wien sank in den ersten drei Jahren nach dem konjunkturellen Einbruch von 1929 die monatliche Lohnsumme von 158 auf 112 Millionen Schilling, was im Wesentlichen im Rückgang der Beschäftigten von 636.000 auf 485.000 seine Begründung fand, zu einem weiteren gewichtigen Teil aber auch auf allseitige Lohn- und Gehaltskürzungen zurückzuführen war. Von 1932 an bis 1934 fiel dann das Durchschnittseinkommen weiter um mehr als zwölf Prozent – in absoluten Zahlen von 112 auf 89 Millionen Schilling. Der massenhaften Arbeitslosigkeit und den Reallohnverlusten entsprach ein drastischer, ein dramatischer Rückgang der Konsumnachfrage. Obwohl sich die Arbeitsmarktentwicklung in Wien nicht zuletzt aufgrund der kommunalen Wohnbautätigkeit günstiger als in den Bundesländern gestaltete, erweist sich das Wiener Beispiel auch in dieser

Hinsicht als überaus instruktiv. Vom Einsetzen der Krise bis in das Jahr 1934 fiel hier der durchschnittliche monatliche Brennstoffverbrauch von 202.000 auf 158.000 Tonnen, der durchschnittliche monatliche Zuckerverbrauch von 18.000 auf 14.000 Tonnen, die Zahl der von den Wiener Straßenbahnen beförderten Fahrgäste von 52,3 auf 37,6 Millionen; im gleichen Zeitraum ging die Stromerzeugung von 48 Millionen Kilowattstunden auf 38 Millionen zurück. Diese Daten korrelieren in signifikanter Weise mit einem der wohl aussagekräftigsten Indikatoren für die sozialen und kulturellen Verwerfungen einer Krise dieser Dimension: Die Anzahl der Lebendgeburten sank von 18.410 im Jahr 1929 auf 11.022 im Jahr 1934.

AUSHÖHLUNG DES RECHTSSTAATES

Die fundamentale Krise des Ökonomischen konnte nicht ohne Auswirkung auf die Sphäre des Politischen bleiben. Vor dem Hintergrund von Deindustrialisierungs- und Reagrarisierungsprozessen, wie sie mit der Weltwirtschaftskrise schlagartig einsetzten, vor dem Hintergrund einer fortgesetzten Schwächung moderner Gesellschaftssegmen-

te wie Industrie, Finanzkapital und Arbeiterschaft wurden kollektive Ressentiments und individuelle Irrationalismen massenhaft mobilisiert. Das gesellschaftliche Krisenszenario hat die parlamentarische Demokratie, die (industrielle) Moderne insgesamt ihrer Legitimierung beraubt und immer schon präsente, vordem jedoch in den Hintergrund getretene, rückwärtsgewandte Utopien erneut aktualisiert: Vorstellungen einer an einem idealisierten Mittelalterbild orientierten gesellschaftlichen Harmonie, einer »berufsständischen« sozialen Organisation, die dem so fundamental in die Krise geratenen modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell entgegengestellt wurden.

In einem kalten Staatsstreich vom März 1933 eignete sich die bis dahin mit denkmöglich knappster Mehrheit von nur einer einzigen Stimme ausgestattete Regierung gleichsam absolute Regierungsgewalt an. Ein immer krasserer Widerspruch war zwischen dem zähen Festhalten der Arbeiterbewegung an den sozialen Errungenschaften der Revolution der Jahre 1918/20 und ihrer ständig kleiner werdenden politischen und gesellschaftlichen Machtstellung entstanden. Die totale Entmachtung der Arbeiterbewegung, die Gleichschaltung der Gewerkschaften, der weitgehende Abbau von sozialen Rechten wurde so

zu einer immer deutlicheren, Erfolg versprechenden Krisenlösungsstrategie der konservativ-klerikalen Rechten. Lohndruck und Beseitigung des Sozialsystems sollten ohne den »Störfaktor« einer immer noch mächtigen parlamentarischen Opposition die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit wiederherstellen. Unter Ausnützung der »reaktionären Konjunktur« dieser Jahre durchbrach die Regierung die parlamentarisch-demokratischen Formen ihrer Herrschaft in dem Moment, da Hitler die Macht in Deutschland erobert hatte.

Sobald Kanzler Engelbert Dollfuß aber mit den parlamentarisch-demokratischen Rechtsprinzipien und Formen gebrochen hatte, geriet er unter den bestimmenden Einfluss der am italienischen Faschismus ausgerichteten Heimwehren, sowie unter den Einfluss eines politischen Katholizismus, dessen Organisations- und Vereinsgeflecht allein dem Regime eine gewisse Massenbasis zu stellen imstande war. Unter diesem doppelten Druck verstärkte sich die autoritäre Dynamik: Den politischen Idealen des Parlamentarismus, der bürgerlichen Freiheiten und der sozialen Demokratie wurde das Ideal eines autoritär-diktatorischen, hierarchisch streng gegliederten, vormodernen Ständestaats gegenübergestellt. Von März 1933 an erließ die Regie-

rung, unter permanentem Verfassungsbruch, rund 300 Verordnungen auf der Grundlage des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917. Ein brillanter Jurist, ausgestattet mit dem langen Gedächtnis der österreichischen Hochbürokratie, instrumentalisierte ein weithin vergessenes autokratisches Rechtsbefugnis zur Aushöhlung des Rechtsstaates. Sektionschef Robert Hecht, aus assimiliertem jüdischem Milieu und früh zum Protestantismus übergetreten, verschaffte dem katholischen Kanzler die nötige Rechtsexpertise. Es sollte an dieser Stelle allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass Hecht – der noch führend an der austrofaschistischen Verfassung des Jahres 1934 mitgewirkt hatte – mit dem sogenannten Prominententransport vom 1. April 1938 nach Dachau deportiert und eben dort, zwei Monate später, zu einem der ersten österreichischen Opfer des NS-Terrors wurde.

DIE KAMPAGNE GEGEN DAS ROTE WIEN

Die Notverordnungen, um auf unser Thema zurückzukommen, liefen auf eine Demontage der allgemeinen Freiheitsrechte und der Sozialgesetzgebung hinaus: Die Entrechtung der Berufsvertretung der

Eisenbahner, die Aufhebung der frei gewählten Personalvertretung bei Post und Fondskrankenkassen sowie in den Bundesbetrieben, die Unterstellung der Arbeiterkammern unter Staatskontrolle, die Unterhöhlung der Autonomie der Sozialversicherung, die zentralbehördliche Kontrolle der paritätisch besetzten Industriellen Bezirkskommissionen etc. – all dies zerstörte seinem Charakter nach aber auch möglicherweise entwicklungsfähige Ansätze berufsständischer Selbstverwaltung. Die in rascher, serieller Form erlassenen Verordnungen sollten den von einem religiösen Sendungsbewusstsein durchdrungenen Dollfuß als einen kompromisslosen, resoluten Krisenmanager erscheinen lassen.

Die einmal in Gang gesetzte autoritäre Dynamik wurde durch die Einflussnahme Mussolinis noch weiter intensiviert – um die Unterstützung gegen das Dritte Reich zu erkaufen, hatte sich Dollfuß dem italienischen Diktat regelrecht unterworfen. In einem in unmissverständlichem Befehlston gehaltenen Schreiben vom 1. Juli 1933 hat der Duce den österreichischen Kanzler nachdrücklich aufgefordert, ein Programm von »effektiven und wesentlichen internen Reformen in entschieden faschistischem Sinne durchzuführen« und der Sozialdemokratie, vorab in ihrer »Felsenfestung Wien«, einen ent-

scheidenden Schlag beizubringen. Drei Wochen später, am 22. Juli, antwortete Dollfuß, dass, ganz in diesem Sinne, gegen das Rote Wien ohnehin ein finanzieller Feldzug geführt werde. Man sei gegenwärtig darauf bedacht, den »Marxisten« die finanziellen Mittel, die sie sich durch ihren übermächtigen Einfluss in der Gemeinde Wien verschafft hätten, »recht einschneidend zu verringern«. Am 3. Oktober 1933 wurde er dann im Vorstand des christlich-sozialen Parlamentsklubs noch deutlicher: »Wir müssen der Gemeinde Wien, die auf Kosten der Allgemeinheit sich fettgefüttert hat, wir müssen ihr die ungerechten Mittel entziehen. Sie muß die Suppe auslöffeln, wenn sie nicht mehr können, werden wir zur Stelle sein.«

Als naheliegender und überaus wirksamer Ansatzpunkt sollte sich in diesem Zusammenhang die Neubestimmung des Verteilungsschlüssels im Rahmen der sogenannten *Abgabenteilung* des Finanzausgleichs erweisen; sie war im Zuge der Verfassungsreformdiskussion 1929 aktualisiert worden und musste, um nicht den Verfassungskompromiss in seiner Gesamtheit zu gefährden, von der Sozialdemokratie letztlich akzeptiert werden. Unter dem Titel eines *Lastenausgleichs* zwischen Wien und den Ländern legte die 7. Abga-

benteilungsnovelle im Jänner 1931 der Gemeinde schwere finanzielle Bürden auf. Bis dahin hatte das Prinzip der verbundenen Steuerwirtschaft gegolten, das heißt, jedem Land und jeder Gemeinde wurde jener Anteil an Steuern zuerkannt, der in ihrem Gebiet aufgebracht wurde; bei jenen Steuern, wo dies nicht eindeutig feststellbar war, galt ein bestimmter Steuerschlüssel, der der tatsächlichen Wirtschaftskraft so nahe wie möglich kommen sollte. Man folgte einem Prinzip der gemeinsamen Steuereinhebung und der Verteilung nach dem örtlichen Steueraufkommen, wobei Wiens Doppelstatus als Gemeinde und als Land zur Folge hatte, dass sowohl Landes- wie Gemeindertragsanteile lukriert wurden. Bei einem Anteil von 28,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung fielen für Stadt und Land Wien aus Finanzausgleich und Bundeslastenausgleich etwas über die Hälfte der gesamtösterreichischen Ertragsanteile an, also: pro Kopf der Bevölkerung fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Allerdings musste, wie von sozialdemokratischer Seite immer wieder argumentiert, das Faktum in Rechnung gestellt werden, dass Wien allein 41 Prozent der österreichischen Industriebevölkerung stellte und 60 Prozent der direkten Steuern in Österreich aufbrachte.

Das am 28. Jänner 1931 im Nationalrat beschlossene Gesetz zur Umstrukturierung und Neugestaltung des Finanzausgleichs (BGBl. Nr. 46) wurde zum Ausgangspunkt, Hebel und Role Model für den ab März 1933 offen und unter permanentem Verfassungsbruch gegen das Rote Wien geführten finanziellen Liquidationsversuch. Mit bemerkenswerter Offenheit legte der Kärntner Landbund-Abgeordnete Dipl.-Ing. Stephan Tauschitz (1931/32 Dritter Präsident des Nationalrats, 1933 österreichischer Gesandter in Berlin) in der Parlamentsdebatte den eigentlichen Sinn des nunmehr erlassenen Gesetzes offen: Lediglich diejenigen würden »den Marxismus« bekämpfen, die ihm im »zähen, harten Kampf Mittel abzurufen versuchen und ihn auf diese Weise finanziell schwächen.« Insgesamt siebenmal war bis dahin das Finanzverfassungs- respektive Abgabenteilungsgesetz von 1922 novelliert worden, stets zum Nachteil Wiens; nunmehr aber, da die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen abgelaufen waren, wurden Stadt und Land Wien zu schweren finanziellen Opfern zugunsten der Bundesländer verpflichtet, die in etwa zehn Prozent der in ihrem Budget vorgesehenen Sachausgaben ausmachten. Ungeachtet dessen war das Gesetz mit den Stimmen aller Parteien, ausgenommen der des

Heimatblocks, sehr wohl aber mit jenen der Sozialdemokratie beschlossen worden. Man habe immerhin, so die *Arbeiter-Zeitung* in einer ausführlichen Rechtfertigung, die in der Vorlage der Regierung Ender vorgesehenen 49 Millionen Schilling jährlich auf nicht ganz 29 Millionen herunterverhandeln können, wie es überhaupt gelungen sei, dieser Vorlage ihre gefährlichsten Spitzen und übelsten Zumutungen zu nehmen: Allem voran seien die Steuerhoheit Wiens garantiert, die Zensur des Bundes über Landesgesetze abgewehrt und damit die heftig umstrittenen »Breitner-Steuern« für weitere fünf Jahre abgesichert. Die Anteile der Gemeinde an den »gemeinschaftlichen Abgaben« blieben unangetastet, die ebenfalls höchst kontroverse Nahrungs- und Genussmittelabgabe wurde im Sinne einer bedeutenden kommunalen Mehreinnahme umgebaut und schließlich konnte vom Bund die Zusage für (bislang für Eigenheime aufgewendete) Zuschüsse zur Errichtung von weiteren zweitausend Gemeindewohnungen erreicht werden – wenn auch unter der Vorgabe einer Vermietung zu marktüblichen Konditionen. Resümee: »Wir aber waren stark genug, die gefährlichsten Änderungen der Finanzverfassung abzuwehren, die materiellen Opfer der Gemeinde auf weniger als die Hälfte zu reduzieren ...«

Noch war das Vertrauen der Sozialdemokratie in die herkömmlichen parlamentarischen Verhandlungs- und Kompromissmechanismen offenbar ungebrochen. Und doch stand das Menetekel weithin sichtbar vor aller Augen: Nicht zuletzt hatte der ehemalige Finanzminister und nachmalige Präsident der Nationalbank, Mitglied des Staatsrates des austrofaschistischen Regimes, Viktor Kienböck, im zuständigen Finanzausschuss einen überzeugenden Nachweis seiner prognostischen Kompetenz erbracht: Man könne noch nicht wissen, ob alle derzeit getroffenen Bestimmungen bis zum 31. Dezember 1935 tatsächlich auch aufrechtzuerhalten sein würden.

PLANMÄSSIGE DESTABILISIERUNG

Mit der Abgabenteilungsnovelle von 1931 sank der Ertragsanteil Wiens rein rechnerisch um rund ein Viertel gegenüber dem Vorjahr, faktisch aber – unter Einbeziehung der krisenbedingt stark rückläufigen Erträge bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben – um circa 37 Prozent. Die Folgen zeigten sich drastisch und mit fatalen Auswirkungen ab dem dritten Krisenjahr. Vor eben diesem

Hintergrund unterzog der *Österreichische Volkswirt*, das führende einheimische Wirtschaftsjournal, den Wiener Rechnungsabschluss 1932 einer ausführlichen Analyse. Überraschendes Fazit: Die strikt prozyklische, vom zentralen Axiom des ausgeglichenen Budgets geleitete Finanzpolitik der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung sei aufrechterhalten worden; ohne die Interventionen der Bundesregierung hätte der Haushalt, bei einem aktuellen Gebarungsabgang von neun Millionen Schilling, sogar einen Überschuss erbracht. Dies freilich habe nur um den enormen Preis einer »gewaltigen Einschränkung« der Investitionsausgaben erreicht werden können – Investitionsausgaben, die auf die Hälfte ihres Vorjahreswertes zurückgenommen wurden; seit 1930 waren damit die Investitionen um drei Viertel ihres ursprünglichen Volumens reduziert worden.

Während aber das Wohlfahrtswesen und die soziale Verwaltung in Zeiten der fortgesetzten Krise (noch) keine wesentlichen Budgetkürzungen erfahren hatten, waren im Wohnbau substanzielle Einbrüche zu verzeichnen. Von 1931 auf 1932 sanken hier die Investitionen von 80 auf 43 Millionen Schilling, also auf etwas mehr als die Hälfte, und es sei, so der *Österreichische Volkswirt*, überaus

bedauerlich, dass die Gemeinde dieserart verzichten müsse, »die gehäufte Arbeitslosigkeit der Großstadt in der bisherigen Weise zu bekämpfen«. Überaus positiv bewertet wird demgegenüber das Faktum, dass (im Gegensatz etwa zum Bund) bei einem Etat von immerhin 400 Millionen Schilling Schuldendienst, Zinsen und Kreditrückzahlungen praktisch nicht anfielen und Wien in dieser Hinsicht eine wohl einzigartige Position einnehme. Während die Mehrzahl der deutschen Großstädte im dritten Krisenjahr bereits zahlungsunfähig geworden war, hatte beispielsweise Prag bei einem nur halb so großen Etat wie Wien einen zehnmal so hohen Schuldendienst zu leisten.

Mit der Suspendierung der Demokratie und dem Umschwenken auf einen autoritären Notverordnungs-kurs ab März 1933 allerdings nahmen die Eingriffe der Bundesregierung definitiv den Charakter eines bewussten und strategisch angelegten finanziellen Vernichtungsfeldzugs gegenüber Wien an. Mit einer stakkatoartig angelegten Serie von insgesamt sechzehn einschlägigen Notverordnungen wurde der Finanzhaushalt der Gemeinde planmäßig und nachhaltig destabilisiert. Bereits 1931 hatte die Bundeshauptstadt bei den Ertragsanteilen Einbußen hinnehmen müssen, die deutlich mehr als ein Drit-

tel jener des Vorjahres ausmachten. 1933 nunmehr waren die Wiener Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich von ehemals über 50 auf rund 30 Prozent gefallen – gegenüber dem letzten Vorkrisenjahr 1929, zugleich das Jahr mit dem größten kommunalen Budgetvolumen, ein Rückgang um nicht weniger als zwei Drittel. Zu den gravierendsten, effektivsten Kampfmaßnahmen zählten die Notverordnungen vom 12. April (BGBl. Nr. 132) und vom 16. Juni 1932 (BGBl. Nr. 239), mit denen Wien, rückwirkend auch für 1932, die Garantieklausel der Bundesregierung für die Bundesertragsanteile entzogen wurde. Am Tag der Abreise von Dollfuß zum Treffen mit Mussolini in Riccione im August 1933 wurde die Gemeindeverwaltung mit Wirksamkeit vom 1. Jänner für dieses und das folgende Jahr zur Zahlung eines »Lastenausgleichs« in der Höhe von jeweils 36 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 239). Die übrigen Verordnungen zielten im Wesentlichen auf die Aufhebung von Landes- und Gemeindeabgaben oder auf einnahmenmindernde Steuerbefreiungen. So etwa auch bereits deren erste, am 15. März 1933 vom Finanzminister erlassene (BGBl. Nr. 63), die die Übernahme der bislang vom Wiener Magistrat besorgten Einhebung (und zwangsweisen Eintreibung) von Bundesabgaben

durch neu zu schaffende Organe des Bundes selbst bestimmte. Für Gemeinde wie Bundesland Wien eine massive wirtschaftliche Schädigung, bedeutete dieser Eingriff doch, dass ein über die Jahre gewachsener und eingespielter bürokratischer Apparat mit einem Schlag funktionslos gemacht und die durch einschneidende Einsparungen ohnedies bereits auf das Äußerste angespannte Situation im Personalbereich weiter verschärft wurde. Den unmittelbaren finanziellen Schaden veranschlagt eine in der Oktobernummer des Mitteilungsblatts des sozialdemokratischen Parteivorstands veröffentlichte Bilanz der bisherigen Regierungsmaßnahmen mit 2,5 Millionen Schilling vergleichsweise gering.

Die bedeutendsten Posten in dieser Auflistung entfallen mit 37 Millionen für 1933 und den rückwirkenden 19 Millionen für 1932 auf die Annullierung der Garantieklausel sowie mit 36 Millionen auf den Lastenbeitrag, während etwa die Befreiung der Bundestheater oder der Ravag von der Lustbarkeitsabgabe mit 200.000 beziehungsweise 150.000 Schilling eher im vernachlässigbaren Bereich angesiedelt ist. Allein der Lastenbeitrag allerdings entsprach einem Viertel der in diesem Jahr anfallenden Erträge aus den Wiener Gemeindesteuern; mit dem Fälligkeits-

tag, also dem 19. August 1933, waren, rückwirkend zum Jänner des Jahres, monatlich drei Millionen Schilling zu entrichten. Insgesamt summierten sich die Verluste auf ein knappes Drittel der gesamten für 1933 veranschlagten Jahreseinnahmen oder sieben Zehntel der budgetierten Erträge aus den Gemeinde- und Landesabgaben; von den im Voranschlag vorgesehenen 24 verschiedenen Kommunalsteuern waren nicht weniger als 20 de facto unwirksam gemacht worden. Doch war damit ein Ende der Kampfmaßnahmen keinesfalls gegeben: Eine Verordnung vom 1. Dezember 1933 setzte im Detail die Art und Weise einer Kalkulation des Wertes von Papierkronen und Schillingen zum Zweck der Berechnung der »besonderen Wertzuwachsabgaben« fest – und lief effektiv auf eine Aufhebung der diesbezüglichen Wiener Kommunalsteuer hinaus. Noch am selben Tag wurden (mit Wirksamkeit 1. Jänner 1934) massive Änderungen betreffend die Hauspersonalabgabe verfügt, die den Ertrag dieser symbolisch hoch aufgeladenen »Breitner-Steuer« von jährlich 700.000 Schilling auf geschätzte 39.000 senken sollte. Schließlich wurde Wien noch Ende Dezember verpflichtet, dem Bund 80 Prozent der Errichtungs- respektive Erhaltungskosten von Bundesstraßen innerhalb der Stadtgrenzen zu ersetzen.

Die Lastenabgabe, der Wegfall der (eigentlich verfassungsmäßig garantierten) Ausfallhaftung der Bundesregierung, die Übernahme der Einhebung der Bundessteuern in Wien durch den Bund selbst, die Befreiung der Bundestheater und der Ravag von der Lustbarkeitsabgabe, die Mehrbelastung der Gemeinde durch das neue Krankenanstaltsgesetz, die Aufhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe und was dergleichen mehr ist: All diese Maßnahmen ließen ein finanzielles Gleichgewicht, ein ausgeglichenes Budget, ja schlicht einen geordneten Betrieb im Finanzhaushalt nicht weiter möglich erscheinen. Für das Jahr 1934 wies der Voranschlag der Gemeinde einen Abgang von 24 Millionen Schilling aus; die Kassenbestände, einst eiserne Reserve und noch 1931 in der Höhe von 14,7 Millionen Schilling veranschlagt, waren in einem Maße zurückgegangen, dass der Personalaufwand nur noch für zwei Wochen im Voraus gedeckt werden konnte. Selbstverständlich hat die Wiener Stadt- und Landesregierung gegen den Notverordnungskurs beim Verfassungsgerichtshof Klage erhoben (82 Anträge bis Jahresende 1933). Der in eben diesem Zusammenhang (und auf dringendes Anraten von Sektionschef Robert Hecht) erfolgte Rücktritt der regimenahen Höchstrichter

ließ dieses oberste Organ zum denkbar sensibelsten Zeitpunkt allerdings funktions- und beschlussunfähig werden.

DIE ZERSTÖRUNG DES ROTEN WIEN

Allein von Anfang März bis Anfang November 1933 waren Wien etwas über 100 Millionen Schilling durch den Bund entzogen worden, die Nettoeinnahmen aus dem Lastenausgleich betragen hingegen lediglich elf Millionen. Zur gleichen Zeit, da der *Volkswirt* resümierte, Wien stehe unter diesen Umständen vor einer Aufgabe, »wie sie wohl noch kaum je einem Gemeinwesen gestellt war«, zu eben dieser Zeit zog ein Ministerrat eine eigenwillig ambivalente Bilanz über den Ertrag der bisherigen Notverordnungen – könnte doch, wie Finanzminister Buresch ausführte, ein weiteres, zu scharfes Vorgehen die Gemeinde nötigen, die Verwaltung zurückzulegen und den Bund zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zwingen, die Führung der Geschäfte selbst zu übernehmen. Zudem baue das Bundesbudget auf dem Lastenbeitrag von 36 Millionen auf, von dem nach Lage der Dinge aber 22 Millionen unbedeckt blieben. Der Bundes-

minister für soziale Verwaltung, Richard Schmitz, aller Wahrscheinlichkeit nach schon seit dem Treffen in Riccione als künftiger Bürgermeister vorgesehen, vermeinte allerdings auch »erzieherisch gute Wirkungen« zu erkennen; unter dem Druck des Geldmangels habe die Gemeinde verschiedene »sozialistische Maximen« aufgeben müssen.

In der Tat war der soziale Wohnbau unter dem Einfluss der autoritären finanzpolitischen Interventionen zusammengebrochen, die Wohnbausteuer ihrer Zweckgebundenheit entkleidet und zu ungefähr 50 Prozent dazu herangezogen, den definitiven Zusammenbruch der Gemeindefinanzen abzuwenden. Auch die Gemeindebediensteten waren mit radikalen Eingriffen bei Gehältern und Pensionen konfrontiert. Der Gemeindehaushalt, so der Finanzminister zusammenfassend, sei allen Anzeichen nach ins Wanken gekommen. Nicht nur dies – die materielle, kulturelle und letztlich soziale Basis eines faszinierenden und im europäischen Vergleich einzigartigen kommunalpolitischen Experiments war entscheidend ausgehöhlt. Eine Entwicklung, die konsequenterweise und in gewisser Hinsicht unausweichlich in den Bürgerkriegsereignissen des Februar 34 kulminierte. Der große Elias Canetti, Literaturnobelpreisträger des Jahres 1981, erinnert sich:

»Man fand sich in einer alten Kapitale, die keine mehr war, aber die Augen der Welt durch kühne, wohldurchdachte soziale Pläne auf sich gezogen hatte. Es waren Dinge geschehen, die neu und vorbildlich waren. Sie waren ohne Gewalt geschehen, man konnte stolz auf sie sein und lebte in der Illusion, daß sie sich halten würden, während nebenbei in Deutschland die große Besessenheit um sich griff (...) Nun aber war im Februar 1934 die Macht der Gemeinde Wien gebrochen worden. Unter denen, die sie getragen hatten, herrschte Niedergeschlagenheit. Es war, als sei alles umsonst gewesen, diese, die neue Besonderheit Wiens war ausgelöscht.«

DAS KÜNFTIGE AUS DEM VERGANGENEN

Gegen Abend des 12. Februar 1934 war der Schritt in die offene Diktatur binnen weniger Stunden vollzogen worden. Die von der Regierung nach Niederschlagung des Aufstands des Republikanischen Schutzbundes gesetzten Aktionen erwiesen sich als ein Maßnahmenbündel aus politischer Illegalisierung, symbolischen Demütigungen, ökonomischem Raubzug, umfassender Vergeltungsjustiz und auto-

ritärer Befriedung einer nunmehr »führerlos« gewordenen Arbeiterschaft. Das solcherart entstandene Herrschaftssystem stellt in vielerlei Hinsicht eine historische Anomalie dar; es ahmte äußerlich Formen des Faschismus nach, entlehnte sie dem italienischen und dem deutschen Vorbild und versuchte wesentliche Elemente faschistischer Ideologie mit katholischem Klerikalismus zu verknüpfen. Sein sozialer Inhalt aber ist ein anderer: Es stützte sich auf soziale Trägerschichten und Eliten, die vorkapitalistischen Zeiten und der Vormoderne zuzuordnen sind, mithin auf jene Schichten, die als »Erbe der altösterreichischen Überlieferung« (Otto Bauer) gelten konnten. Sobald allerdings die Konkretisierung der ständischen Ordnung auf der Tagesordnung stand, brachen innere Widersprüche und Gegenläufigkeiten in voller Schärfe auf. Interessensdivergenzen und Machtkämpfe nahmen die Form eines Streites um die Exegese der kirchlichen Gesellschaftslehre, um die Auslegung einer päpstlichen Enzyklika an – verstanden als genuin rückwärtsgewandter Gegenentwurf zu den Konsequenzen der Moderne, der modernen Industriegesellschaft. Den Herausforderungen, die die demokratische Republik, die entwickelte Industriegesellschaft, die Moderne insgesamt aufgeworfen hatten, wurde mit Kulturpes-

simismus, Agrarromantik, den regressiven Utopien eines christlich-ländlichen Mystizismus und Großstadtfeindlichkeit begegnet. Das Symbol der Kreuzfahrer, das Kruckenkreuz, wurde zum Zeichen der Vaterländischen Front. Man habe, so Dollfuß, die Aufgabe, »die letzten einhundertfünfzig Jahre unserer Geistesgeschichte gut zu machen«. Parlamentarische Demokratie, autonome Arbeiterorganisationen und konkurrierende Massenparteien haben in diesem Weltbild keinen Platz, der Gesellschaftsvertrag im Sinn der Aufklärung erhält, wie Alfred Pfoser dies ausgedrückt hat, »das Stigma der Blasphemie«. Im Kontext solch ideologisch hoch aufgeladener politischer Maximen von Antiurbanität, Irrationalismus und Gegenaufklärung galt es, eine soziale und kulturelle Gegenreformation in großem Stil zu verwirklichen, das kommunale Reformwerk des Roten Wien in möglichst all seinen Facetten zu revidieren, den »jüdisch-marxistischen Geist« in der Stadt zu bannen; ein Geist, der, so Dollfuß, seit der Französischen Revolution das Individuum aus allen außer- und überpersönlichen Bindungen herausgerissen und so »der sittlichen Weltordnung entfremdet« hatte.

Ganz in diesem Sinne entschied sich der am 6. April 1934 per Verordnung zum Bürgermeister

ernannte Vizekanzler a. D. Richard Schmitz, die Zukunft aus der Vergangenheit zu legitimieren und den (symbolischen wie konkreten) Rückgriff auf die Ära des »Volksbürgermeisters« Lueger zu unternehmen. Dies bedeutete, neben der offensiven Rekatholisierung des öffentlichen und kommunalen Lebens, eine umfassende, in gewissem Sinn totalitäre Entsorgung der sozialen, kulturellen und massenpädagogischen Reformstrategien der sozialdemokratischen Rathausverwaltung. Wien verlor den Status und die Rechte eines selbstständigen Bundeslandes, insbesondere das der Gesetzgebung, und wurde »bundesunmittelbare Stadt«. Die von der sozialdemokratischen Stadtregierung eingeführte Teilung der Vollzugsgewalt zwischen Bürgermeister und amtsführenden Stadträten wurde aufgehoben und in der Person des vom Bundeskanzler ernannten Bundeskommissärs/Bürgermeisters konzentriert, der damit Träger der Verwaltung und oberstes gesetzgebendes Organ war. »Den Forderungen der Zeit entsprechend«, so wird es in der offiziellen kommunalen Bilanzbroschüre Wien im Aufbau heißen, »ist an dem Führerprinzip festgehalten«. Die Rückkehr zum Lueger'schen Verwaltungssystem manifestierte sich deutlich in der am 31. März 1934 dekretierten Stadtordnung für Wien

(einer terminologischen Anlehnung an die Stadtverfassungsurkunde des gegenreformatorischen Habsburgerkaisers Ferdinand I. von 1526).

AUSTROFASCHISMUS

Einer Totalrevision unterlag in diesem Zusammenhang vor allem auch das Breitner'sche Steuersystem. Zur Gänze aufgehoben wurden die Hauspersonalabgabe, die »vexatorische« Steuer auf Pferde und Kutscher sowie die Steuer auf Luxusnahrungs- und Genussmittel. Teils drastische Modifizierungen betrafen die Lustbarkeitssteuer, die Bodenwertabgabe für unverbaute Grundflächen, die Ankündigungsabgabe, die Fürsorgeabgabe, die Wertzuwachsabgabe und, dies von besonders hoher symbolischer Signifikanz, die Wohnbausteuer. Letztere wurde nunmehr endgültig ihrer Zweckgebundenheit entkleidet und, bei wesentlicher Abflachung der ehemals starken Progression, in eine »Mietaufwandsteuer« umgewandelt. Da im Übrigen die finanziellen Pressionen auf Wien auch unter Bürgermeister Schmitz in keiner Weise ihr Ende fanden, waren von der Gemeindeverwaltung bedeutende Mindereinnahmen zu kompensieren.

Sie tat dies im Wege von Massensteuern, beispielsweise für die Müllabfuhr; zudem erhob man eine Wassergebühr und reduzierte die kostenlose Wasserabgabe pro Kopf und Tag um 60 Prozent. Die Preisregulierung für Gas und Elektrizität wurde aufgehoben, die Löhne in den städtischen Betrieben gekürzt. Zwar blieb der Mieterschutz auch unter dem autoritären Regime unangetastet, jedoch stiegen in den einem Zinsstopp nicht unterliegenden Gemeindebauten die Mietzinse um durchschnittlich 70 Prozent.

Ein ausgeglichener Rechnungsabschluss allerdings, wie er unter der Finanzgebarung Breitners zur budgetären Normalität geworden war, blieb trotz der neuen Massensteuern ein unerreichbares Ziel. Allein für 1934 ergab sich ein Defizit in der Höhe von 45 Millionen Schilling, wobei die aktiven Unternehmungen der Stadt bereits zu einer Beitragsleistung von 25 Millionen herangezogen worden waren – auch dies ein Rückgriff auf Lueger'sche Budgetprinzipien. Zur Deckung des Defizits wurden fünfprozentige Schatzscheine an ein Wiener Bauherrenkonsortium begeben, die hypothekarische Sicherstellung erfolgte auf kommunale Wohnhausbauten des Roten Wien. Zugleich erblickte man in der gänzlichen Sistierung des Ge-

meindewohnbaus ein massives Einsparungspotenzial, ein vorrangiges Mittel zur Budgetsanierung. Zunächst mussten die von der sozialdemokratischen Verwaltung noch vor dem Februar 1934 in Angriff genommenen Bauten fertiggestellt werden, danach allerdings wurde kein weiteres Großprojekt mehr realisiert oder auch nur geplant. Mit einer eher marginalen Ausnahme: Für die städtischen ausgesteuerten und obdachlosen Parias wurden im Wege der Einrichtung von Zimmer-Küche-Kleinstwohnungen »Familienzusammenführungen« konzipiert, wobei für eines der Projekte Stadtbaumeister Karl Ehn, Architekt des Karl-Marx-Hofes, verantwortlich zeichnete. Die Anlagen verfügten über gemeinsame Waschküchen, Badeanlagen mit Brausen und Amtsräume für eigens ausgewählte Fürsorgerinnen und Seelsorger. Neun Asyle insgesamt wurden in Angriff genommen und bis 1937 weitgehend fertiggestellt, darunter das Asyl *Zum Hl. Engelbert* im 15. Gemeindebezirk und das Asyl *Zum Hl. Richard* in Margareten (Einsiedlergasse/Siebenbrunnengasse).

RESÜMEE

Alles in allem blieb der Austrofaschismus ein erbärmliches Artefakt, eine autoritäre Diktatur, die zwischen Brutalität und Zugeständnissen ständig hin und her schwankte, unfähig, sich eine breitere Massenbasis zu schaffen. Nach der Ermordung Dollfuß' durch die putschenden Nationalsozialisten des Juli 1934 praktizierte man einen geradezu grotesk anmutenden Totenkult. Die Vaterländische Front gab sich eine Hymne mit dem Titel »Ein Toter führt uns an« – eine Metapher, die ebenso unbewusst wie präzise auf Form und Gehalt eines von vorneherein zum Scheitern verurteilten Experiments verweist. Die Regierung, so Karl Renner in einem internen Memorandum aus dem Jahre 1936, habe »keine einzige tragfähige Idee«; der Umsturz des Jahres 1934 hätte »sichtbarlich« nichts anderes bewirkt, als dass »Aristokraten, Offiziere der alten Armee, unbeschäftigte Bürokraten, Schützlinge des Klerus (C. V. katholische Studentenverbindung) alle Stellen besetzt und alle Geldquellen für sich flüssig gemacht haben«. Das Regime bedeute keine Abwehr, sondern vielmehr »die sichere Vorbereitung des Anschlusses«.

REFERENZLITERATUR

- Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923.
- Otto Bauer, Wirtschaftsentwicklung und Klassenkämpfe im faschistischen Österreich, in: Der Kampf. Internationale Revue. Jg. 2/Juni 1935, 255–262.
- Otto Bauer, Klassenkampf und »Ständeverfassung«. Wirtschaftliche Basis und politischer Überbau, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Jg. 27, Nr. 1/1934, 1–12.
- Elias Canetti, Das Augenspiel. Lebensgeschichte 1931–1937, Frankfurt/Main 1994.
- Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977.
- Robert Danneberg, Der finanzielle Marsch auf Wien, Wien 1930.
- Lucile Dreidemy, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien 2014.
- Felix Dörmann, Jazz. Ein Wiener Roman, Wien 1925.
- Earl C. Edmondson, The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936, Athens 1978.
- Walter Euchner et al., Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik, Wiesbaden 2005.
- John Kenneth Galbraith, The Great Crash 1929, Boston 1955.
- Charles Gulick, Austria from Habsburg to Hitler, Vol. 4, Berkeley/Los Angeles 1948.
- Pierre Hamp, Die Goldsucher von Wien. Eine Begebenheit unter Schiebern, Basel 1922.
- Konrad J. Heilig, Österreichs neues Symbol. Geschichte, Entwicklung und Bedeutung des Kruckenkreuzes, Wien 1936.
- Fritz Hönic, Wien im dritten Krisenjahr, in: Der Österreichische Volkswirt, Jg. 26/4. November 1933, 143 ff.
- Peter Huemer, Sektionschef Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien/München 1975.

- Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien/Frankfurt/Zürich 1966.
- Hans Kernbauer/Fritz Weber, *Von der Inflation zur Depression. Österreichs Wirtschaft 1918–1934*, in: Emmerich Talos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): »Austrofaschismus«. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, Wien 1984, 1–30.
- W.T. Layton/Charles Rist, *Die Wirtschaftslage Österreichs. Bericht der vom Völkerbund bestellten Expertenkommission*, Wien 1925.
- Jill Lewis, *Fascism and the Working Class in Austria, 1918–1934. The Failure of Labour in the First Republic*, New York/Oxford 1991.
- Wolfgang Maderthaler, *Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945*, in: Peter Csendes/Ferdinand Opll (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt*, Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart, Wien 2006, 175–544.
- Wolfgang Maderthaler, *Eine Stadt stirbt. Wien im Nachkrieg*, in: Georg Kastner et al. (Hg.), *Auf der Suche nach Identität. Festschrift für Dieter Anton Binder*, Wien 2015, 55–72.
- Wolfgang Maderthaler/Michaela Maier (Hg.), »Der Führer bin ich selbst«. Engelbert Dollfuß – Benito Mussolini – Briefwechsel, Wien 2004.
- Siegfried Mattl, *Stagnation und gesellschaftliche Krise. Das österreichische Beispiel*, in: Wolfgang Maderthaler/Helmut Gruber (Hg.), *Chance und Illusion/Labor in Retreat. Studien zur Krise der westeuropäischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren/Studies on the Social Crisis in Interwar Western Europe*, Wien/Zürich 1988, 29–67.
- Ludwig von Mises, *Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, Jena 1922.
- Hans Mommsen, *Theorie und Praxis des Österreichischen Ständestaates 1934 bis 1938*, in: Norbert Leser (Hg.), *Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1981, 174–192.

- Alfred Pfoser/Andreas Weigl, Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Salzburg/Wien 2017.
- Alfred Pfoser/Gerhard Renner, »Ein Toter führt uns an!« Anmerkungen zur kulturellen Situation im Austrofaschismus, in: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien 2005, 338–356.
- Martin Prieschl, Die Heimwehr, in: Truppendienst. Zeitschrift für Ausbildung, Führung und Einsatz, H.313/2010, 43ff.
- Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg, Wien 1989 [Originalausgabe: The Crisis of Austrian Socialism. From Red Vienna to Civil War, Chicago 1983].
- Eric Rauchway, The Great Depression & The New Deal. A Very Short Introduction, Oxford 2008.
- Georg Rigele, Die Wiener Höhenstraße. Autos, Landschaft und Politik in den dreißiger Jahren, Wien 1993.
- Günther Schefbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen, Wien/München 2004.
- Georg Scheuer, Genosse Mussolini. Wurzeln und Wege des Ur-Fascismus, Wien 1985.
- Kurt Schuschnigg, Die Sendung des deutschen Volkes im christlichen Abendlande. Allgemeiner deutscher Katholikentag, Wien 1933.
- Maren Seligen/Karl Ucakar, Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Bd. 2, Wien/München 1985.
- Gerhard Senft, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates, Wien 2002.
- Klaus-Jörg Siegfried, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns, Wien 1974.
- Othmar Spann, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Leipzig 1923.
- Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahr-

hundert, Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg,
Wien/Köln/Weimar 1997.

Emmerich Tálos, Das austrofaschistische Herrschaftssystem.
Österreich 1933–1938, Wien/Berlin 2013.

Janek Wassermann, Black Vienna. The Radical Right in the Red
City 1918–1938, Ithaca 2014.

Edmund Weber (Hg.), Dollfuß an Österreich. Eines Mannes
Wort und Ziel, Wien 1935.

DER AUTOR

Wolfgang Maderthaler, Präsident des Vereins für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs i. R., Habilitationsfach Zeitgeschichte. Eine Vielzahl an Publikationen in mehreren Sprachen zu den Bereichen Arbeiter- und Sozialgeschichte sowie historische Kulturwissenschaften und Theorie der Moderne, u. a. »Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900« (Campus, 1999, mit Lutz Musner). Zuletzt: »Österreich. 99 Dokumente, Briefe, Urkunden« (Brandstätter, 2018) und »Vorwärts. Österreichische Sozialdemokratie seit 1889« (Brandstätter, 2020, Hg. mit Hannes Androsch und Heinz Fischer). Zuletzt »Zeitenbrüche. Sozialrevolutionäre Aufstände in habsburgischen Landen« (Campus, 2023).

